



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft und Soziales

Termin Dienstag, 19.05.2015, 17:00 bis 20:40 Uhr

Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Verpflichtung von Mitgliedern, die nicht der Gebietskörperschaft angehören
1.2	Eröffnung der Sitzung
1.3	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.4	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.5	Feststellung der Tagesordnung
1.6	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Bestellung eines Schriftführers Vorlage: IV-008-2015
5	Sachstandsmitteilung zum Projekt "QuartUpA" Vorlage: 50-009-2015
6	Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung (KoKoBe) Vorlage: 50-011-2015
7	Vorstellung der Flüchtlingshilfe "INGA" Vorlage: 50-010-2015
8	Unterbringung zugewiesener Asylbewerber in Wülfrath Vorlage: 50-006-2015
9	Unterschriftensammlung zur Standortfrage einer Asylbewerberunterkunft Vorlage: 50-007-2015
10	Konzept zur Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Vorlage: 50-012-2015
11	Wohnungsaufsichtsgesetz Vorlage: 50-005-2015
12	Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII Vorlage: 50-008-2015
13	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

Es erklärt sich kein Mitglied des Ausschusses zu einem der Tagesordnungspunkte für befähigt.

TOP 1.1 Verpflichtung von Mitgliedern, die nicht der Gebietskörperschaft angehören

Frau Doris Grünendahl wird als sachkundige Bürgerin durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Andreas Seidler, zu Beginn der Sitzung verpflichtet.

TOP 1.2 Eröffnung der Sitzung

Herr Seidler als Ausschussvorsitzender eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die zahlreich anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie als Gäste des Ausschusses Frau Tanja Segmüller (Projekt „QuartUpA“), Frau Annemarie Lüderitz (Flüchtlingshilfe „INGA“) sowie Herrn Achim Büqué („KoKoBe“ Mettmann-Nord).

TOP 1.3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

TOP 1.4 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 1.5 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird nach längerer Diskussion zum TOP 9 (Unterschriftensammlung zur Standortfrage einer Asylbewerberunterkunft) in der geänderten Fassung vom 29.04.2015 beschlossen.

Anmerkung des Schriftführers: Näheres unter TOP 9 dieser Niederschrift

TOP 1.6 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift zur letzten Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft und Soziales wird genehmigt.



TOP 2 Befangenheitsprüfung

Es erklärt sich kein Mitglied des Ausschusses zu einem der Tagesordnungspunkte für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4 Bestellung eines Schriftführers Vorlage: IV-008-2015

Herr Andreas Fritsch wird ab dem 01.06.2015 zum Schriftführer des Ausschusses für Gesellschaft und Soziales benannt. Die Stellvertretung verbleibt –wie bisher- bei Frau Susanne Kröber.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X
Zustimmung	11
Ablehnung	0
Enthaltung	0

TOP 5 Sachstandsmitteilung zum Projekt "QuartUpA" Vorlage: 50-009-2015

In der Sitzung stellt Frau Tanja Segmüller, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Department für Pflegewissenschaften der Universität Witten / Herdecke, das Projekt zur quartiersnahen Unterstützung pflegender Angehöriger (QuartUpA) vor.

„QuartUpA“ ist als Projekt befristet auf den Zeitraum März 2013 bis Juli 2015, beteiligt waren – neben der Universität Witten / Herdecke- der Kreis Mettmann mit den Städten Heiligenhaus und Wülfrath sowie der Märkische Kreis mit der Stadt Altena. Das Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die EU.

Ziel des Projektes ist es, in Anbetracht der (auch zukünftig) deutlichen Zunahme an pflegebedürftigen Menschen das Zusammenspiel aller bei der Pflege Beteiligten (z.B. Pflegeberatungsstellen, ambulante Pflegedienste, Angehörige) zu koordinieren mit dem Ziel, den Betroffenen eine adäquate Pflege im gewohnten Umfeld (= Quartier) zu ermöglichen und gleichzeitig involvierte Angehörige so weit wie möglich zu entlasten.

Zum Ablauf des Projektes wird im Folgenden auf den Vortrag der Frau Segmüller verwiesen.

Durch Frau Küchler erfolgt abschließend die Nachfrage zur aktiven Beteiligung am Projekt. Frau Segmüller führt hierzu aus, es hätten sich 14 Angehörige (hiervon 12 aus Wülfrath) sowie alle 5 ortsansässigen ambulanten Pflegedienste beteiligt.



Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum Projekt zur Kenntnis, Herr Seidler als Vorsitzender bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Frau Segmüller für die Vorstellung des Projektes.

Der Vortrag der Frau Segmüller ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

TOP 6 Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung (KoKoBe)
Vorlage: 50-011-2015

In der Sitzung stellt Herr Achim Büqué die Tätigkeiten der Koordinierungs- Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung (KoKoBe) des Kreises Mettmann Nord vor.

Die KoKoBe Mettmann Nord, in dessen Zuständigkeitsbereich die Stadt Wülfrath liegt, besteht aus einem Trägerverbund der ev. Stiftung „Hephata“, der Graf-Recke-Stiftung sowie dem Anbieter „pro mobil“. Letztere fungieren auch als Einstellungsträger des Personals. Herr Büqué weist darauf hin, dass „pro mobil“ in der KoKoBe Mettmann Nord beratend und gleichzeitig auf dem Markt als Anbieter aktiv sei. Es bestehe jedoch eine Verpflichtung der Träger zu einer neutralen Beratung.

Finanziert werde die KoKoBe aus Mitteln des Landschaftsverbandes Nordrhein (LVR), inkludiert seien hier auch die Personalkosten der Beschäftigten.

Ziel der KoKoBe sei es, Koordinierungsstelle möglicher Hilfs- und Beratungsangebote für behinderte Menschen zu sein. Zu den einzelnen Tätigkeitsfeldern wird auf den beigelegten Vortrag des Herrn Büqué verwiesen.

Im Anschluss an den Vortrag erfragt Herr Schiestel, ab welchem Grad der Behinderung eine Hilfestellung durch die KoKoBe erfolge und ob sich diese auch auf die Beratung in Schwerbehindertenangelegenheiten erstrecke. Herr Büqué gibt hierzu an, die Möglichkeit zur Beratung bestehe unabhängig von objektiven Merkmalen (zum Beispiel eines festgestellten Grades der Behinderung), die eigene Wahrnehmung als „Behinderter“ sei über das objektiv Messbare hinaus sehr subjektiv und stark von der Persönlichkeit des Betroffenen abhängig. Eine Beratung in Schwerbehindertenangelegenheiten sei ein Teil der Beratungstätigkeit.

Auf Nachfrage des Herrn Seidler gibt Herr Büqué an, der zeitliche Vorlauf von der Terminvereinbarung zur tatsächlichen Beratung läge derzeit im Regelfall bei 1 – 2 Wochen. Die Terminvergabe erfolge jedoch in erster Linie nach Dringlichkeit, so dass im Bedarfsfall auch sehr kurzfristige Termine möglich seien. Die Beratungsgespräche würden im Regelfall bei den Betroffenen durchgeführt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur KoKoBe zur Kenntnis. Der Vorsitzende, Herr Seidler, dankt Herrn Büqué im Namen der Ausschussmitglieder.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

TOP 7 Vorstellung der Flüchtlingshilfe "INGA"
Vorlage: 50-010-2015

Für die Flüchtlingshilfe INGA e.V. stellt Frau Annemarie Lüderitz die dortigen Tätigkeitsbereiche in der Sitzung vor.



Die Flüchtlingshilfe sei in den 1980er-Jahren aus der Anti-Atom-Bewegung heraus entstanden, die ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen empfanden sich damals als Bewahrer der Mitmenschlichkeit. Heute gehe es allgemein um Völkerverständigung, in erster Linie jedoch um praktische Hilfen für Menschen, die als Flüchtlinge nach Wülfrath kämen.

Der Verein bestehe derzeit aus 35 Mitarbeitern und Mitgliedern, hiervon seien –wohl der politischen und medialen Brisanz des Themas geschuldet- allein 18 Mitglieder in den letzten Monaten hinzugestoßen. Die intensive Betreuung in den Einrichtungen erfolge derzeit durch 5 ehrenamtliche Mitarbeiter.

Die in den städtischen Unterkünften lebenden Bewohner würden regelmäßig dort besucht und bei Bedarf betreut. Auch ehemalige Asylbewerber, die inzwischen nicht mehr in der Unterkunft lebten, nähmen die Hilfen der INGA auch weiterhin in Anspruch, dieser Personenkreis helfe teilweise aber auch aktiv bei der Betreuung der Neuankömmlinge.

Ein fester und wesentlicher Bestandteil der regelmäßigen Betreuung sei die Durchführung niederschwelliger Sprachkurse im Gemeinschaftsraum der Einrichtung „In den Eschen 14“. Diese würden an 3 Tagen pro Woche durchgeführt. Zusätzlich sei es –durch personellen Zuwachs dreier pensionierter Lehrerinnen- nunmehr auch möglich, Einzelsprachunterricht in der Einrichtung „Wilhelmstr. 76“ anzubieten, zudem Nachhilfeunterricht für 2 minderjährige Bewohner in den Schulfächern Deutsch und Mathematik.

Über den regelmäßigen Sprachunterricht hinaus würden gemeinsame Spiel- und Freizeitnachmittage für Kinder und Jugendliche in der Einrichtung „Wilhelmstr. 76“ angeboten, in der Einrichtung für alleinstehende Männer ein gemeinsames Kochen pro Monat.

Mithilfe eines neuen Mitarbeiters sei man zudem in der Lage gewesen, einen Begrüßungsflyer für Flüchtlinge zu gestalten, der in Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch erstellt sei und über die Infrastruktur in Wülfrath und Umgebung informiere.

Der Flyer wie auch die o.g. Veranstaltungen führten dazu, auf feste Beratungstermine zu vorgegeben Bürozeiten vollständig verzichten zu können. In der lockeren Atmosphäre eines Spiel- oder Kochnachmittages ergäben sich persönliche Gespräche von allein und in einer ungezwungenen Umgebung. Sie schulten zudem –über die Sprachkurse hinaus- das Verständnis für die deutsche Sprache.

Frau Lüderitz macht in diesem Zusammenhang eindringlich auf den baulichen Zustand der Einrichtungen aufmerksam. Dies beziehe sich auf den Zustand der Infrastruktur (Sanitäreanlagen, Gemeinschaftsküchen, elektrische Anlagen), den Zustand der Gebäude, aber auch die Sauberkeit in den Einrichtungen. Sie merkt zudem an, dass die Eingangstüren der Einrichtungen ständig offen stünden, obwohl alle Bewohner hierfür einen eigenen Schlüssel hätten – die Häuser seien somit nicht vor dem ständigen Zutritt unbefugter Personen geschützt.

Abschließend gibt Frau Lüderitz bekannt, die Wülfrather Öffentlichkeit reagiere zunehmend aufmerksamer und hilfsbereiter auf die Lage der Flüchtlinge vor Ort – dies sei sicherlich auch eine Folge der zunehmenden Thematisierung des Themas in den Medien.

Es seien zahlreiche Sachspenden in Form von Möbeln, Kleidung, aber auch Lebensmitteln für die Kochnachmittage abgegeben worden. Ihr Dank gehe dabei auch an den betreuenden Hausmeister, Herrn Leitenberger, der sich außerordentlich engagiere und auch ehrenamtlich, z.B. durch den Transport von Möbeln, eine große Hilfe sei.

Herr Seidler dankt Frau Lüderitz sowie dem Verein INGA e.V. im Namen des Ausschusses für die geleistete ehrenamtliche Arbeit.



TOP 8 Unterbringung zugewiesener Asylbewerber in Wülfrath
Vorlage: 50-006-2015

Ergänzend zum Inhalt der Mitteilungsvorlage legt Herr Flohr als Leiter des Sozialamtes der Stadt Wülfrath die aktuellen Belegungszahlen zu den städtischen Übergangseinrichtungen vor, ebenso die Planzahlen zu eventuellen (oder bereits konkret anstehenden) Alternativen. Diese sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Er macht nochmals deutlich, dass eine seriöse Angabe zur zukünftigen Anzahl von Flüchtlingen in Wülfrath nicht möglich sei, da die Stadt Wülfrath keinen Einfluss auf die Zuweisungen der Bezirksregierung habe. Von dort erfolge die Zuweisung in die verschiedenen Städte nach vorgegebenen Schlüsseln – u.a. abhängig von der Einwohnerzahl und der Anzahl der aktuell bereits zugewiesenen Flüchtlinge.

Jede Änderung der Gesamtzahl an Flüchtlingen nach Deutschland beeinflusse somit auch die Zahl der nach Wülfrath Zugewiesenen. Bei derzeit für dieses Jahr prognostizierten 500.000 Flüchtlingen müsse sich Wülfrath beispielsweise auf ca. 120 Zuweisungen in 2015 einstellen. Im Falle bereits konkret angedachter gesetzlicher Änderungen –z.B. Quotierung der Flüchtlinge innerhalb der EU, Benennung sicherer Herkunftsländer- könne sich diese Zahl jedoch wieder kurzfristig und deutlich nach unten verändern. In keiner Weise planbar seien zudem Zugänge von Asylfolgeantragstellern, diese würden direkt nach ihrer Wiedereinreise automatisch und ohne zeitliche Verzögerung dem Ort ihres ursprünglichen Asylverfahrens zugewiesen.

Frau Kuchler (Die Linke) fragt an, ob es anhand der aktuellen Belegungszahlen nicht sinnvoll sei, in der kurzfristig neu zur Verfügung stehenden Einrichtung „Am Rathaus“ Familien anstatt alleinstehenden Männern unterzubringen. Hierzu gibt Herr Flohr an, man rechne in diesem Bereich kurz- bis mittelfristig eher mit leicht sinkenden Zahlen, da mehrere Familien voraussichtlich von der geplanten gesetzlichen Regelung zu sicheren Herkunftsländern betroffen seien. Zudem sei aufgrund der räumlichen Situation in den bestehenden Einrichtungen an die Bezirksregierung die Bitte ergangen, nach Möglichkeit alleinstehende Männer zuzuweisen, diese Bitte würde derzeit von dort auch erfüllt. Auch hierzu ließe sich aber nicht in die Zukunft schließen.

Zur Nachfrage des Herrn Schiestel (WG) zu den begrenzten Kapazitäten der für Familien geplanten Unterkunft „Fliethe“ gibt Herr van Hueth als zuständiger Fachbereichsleiter an, die dortige Unterkunft sei in Modulbauweise geplant. Es sei im Falle steigender Zuweisungszahlen relativ kurzfristig möglich, den bestehenden Bau zu erweitern. Auch ein (teilweiser) Rückbau sei möglich, sofern weniger Platzbedarf bestehe.

Herr Peetz (WG) zweifelt in diesem Zusammenhang die Konzeption an, die im Jahr 2014 zur Zustimmung zum Bau einer weiteren Unterkunft (Fliethe) geführt habe. Nunmehr würden –nur sechs Monate später- andere Möglichkeiten aufgezeigt, die ursprünglich nicht Teil der Planung gewesen seien.

Herr van Hueth gibt hierzu an, die Möglichkeit zur Nutzung der Flächen „Schulstr.“ sowie „Am Rathaus“ habe sich kurzfristig ergeben und sei im vergangenen Jahr noch nicht planbar gewesen. Da die Kosten (inkl. notwendiger Umbauten) deutlich niedriger lägen als die eines Neubaus, habe man vorrangig von der Nutzung bestehender Gebäude Gebrauch gemacht.

Herr Ritsche als Kämmerer der Stadt Wülfrath ergänzt, dass eventuell die Möglichkeit bestehe, noch weitere Bestandsgebäude in Wülfrath vorrangig nutzen zu können. Es seien Gebäudeflächen in Wülfrath für die Bergische Diakonie vorgehalten worden, falls diese ihr derzeit noch selbstgenutzten Geländes für einen Forensik-Standort zur Verfügung stelle. Offensichtlich sei



dies jedoch nicht mehr aktuell, so dass es eventuell möglich sei, die in Wülfrath vorgehaltenen Ersatzflächen zusätzlich für den eigenen Bedarf zu nutzen.

Frau Nadolski (SPD) erfragt, ob nicht über die GWG die Anmietung nicht mehr vermietbaren Wohnungsbestandes (z.B. im Bereich der „Halfmannstr.“) bestehe. Frau Panke als Bürgermeisterin der Stadt Wülfrath sagt hierzu einen erneuten Prüfauftrag an die GWG zu, gibt jedoch zu bedenken, dass aufgrund des baulichen Zustandes der in Frage kommenden Gebäude auch hier mit nicht unerheblichen Kosten zu rechnen sei.

Im nachfolgenden beschäftigt sich der Ausschuss mit dem baulichen Zustand der Einrichtungen sowie dessen Infrastruktur. Herr Thömmes (SPD) gibt stellvertretend für die Ausschussmitglieder an, ihn hätten bei der gemeinsamen Begehung sowohl die baulichen als auch die hygienischen Zustände entsetzt, er halte diese für unhaltbar. So seien die Gemeinschaftsküchen samt der dort in viel zu geringer Anzahl vorhandenen Hausratgeräten in einem desolaten Zustand (Einwand der Frau Kuchler), es stünden für fast 70 Bewohner zudem nur 2 Waschmaschinen und kein Wäschetrockner zur Verfügung – die feuchte Wäsche aller Bewohner müsse derzeit im Gebäude zum Trocknen aufgehängt werden (Einwand der Frau Nadolski).

Größtenteils würden die Abdeckungen von Steckdosen und Lichtschaltern fehlen, stromführende Kabel lägen teilweise offen. Auch auf die –gemessen an der Personenzahl– unzureichende sanitäre Ausstattung und dessen Zustand wird hingewiesen. Für die Einrichtung „Wilhelmstr. 76“ wird zusätzlich bemängelt, dass sich die sanitären Einrichtungen im Kellergeschoss befänden und nur über eine enge und steile Treppe erreichbar seien. Für beide Einrichtungen merkt Frau Lüderitz von der Flüchtlingshilfe INGA an, dass trotz entsprechender Hinweise in mehreren Sprachen die Eingangstüren ständig offen stünden.

Frau Windrath-Neumann (Bündnis 90 / Die Grünen) bittet die Verwaltung, zumindest kleinere sowie dringliche Reparaturen kurzfristig durchführen zu lassen. Frau Panke als Bürgermeisterin sagt eine entsprechende Prüfung und ggf. Umsetzung zu.

Herr van Hueth macht darauf aufmerksam, dass der Zustand der Gebäude auch auf dessen Nutzung als Übergangsheim sowie die Anzahl der dort lebenden Personen unterschiedlichster kultureller Herkunft zurückzuführen sei. So sei auch dauerhaft nicht zu erwarten, dass beispielsweise Elektroherde in Gemeinschaftsküchen von allen Bewohnern nach der Nutzung wieder gereinigt würden, die vorhandenen Geräte seien im Übrigen entgegen ihres äußeren Anscheins erst ca. 6 Monate alt. Schneller Verschleiß der Infrastruktur bis hin zur mutwilligen Zerstörung (z.B. an Fenstern, Türen oder auch elektrischen Einrichtungen) ließe sich unter den gegebenen Zuständen auch zukünftig nicht verhindern, gleiches gelte für die ständig geöffnete Eingangstür. Er weist zudem auf den eng begrenzten finanziellen Spielraum der Stadt Wülfrath hin, der eine fortlaufende und vollständige Instandhaltung der Gebäude nahezu unmöglich mache.

Herr Ritsche als Kämmerer der Stadt Wülfrath bittet abschließend die kommunale Politik, für die Zukunft Standards zur Ausstattung sowie räumlichen Qualität der Einrichtungen zu definieren, um diese bei der Haushaltsplanung berücksichtigen zu können.

Herr Rex (CDU) sowie Frau Lüderitz machen zudem darauf aufmerksam, dass aus ihrer Sicht zumindest in der Einrichtung „In den Eschen 14“ die Evakuierung des Gebäudes in Notfällen, so zum Beispiel bei Bränden, sehr problematisch sei. So führe vom Obergeschoss nur eine relativ enge und im unteren Bereich gewendelte Treppe in das Erdgeschoss, zudem seien Flure verbaut und zugestellt. Herr Rex regt an, im Falle einer späteren Erweiterung des bestehenden Gebäudes ein zweites Treppenhaus mit einzuplanen. Frau Lüderitz regt als aktuelle Maßnahme



eine Feuerschutzübung der Wülfrather Feuerwehr sowie eine Unterweisung in der Benutzung von Feuerlöschern an. Sie erklärt sich bereit, diesbezüglich Kontakt zur Wülfrather Feuerwache aufzunehmen.

TOP 9 Unterschriftensammlung zur Standortfrage einer Asylbewerberunterkunft
Vorlage: 50-007-2015

Bereits zu TOP 1.5 (Feststellung der Tagesordnung) stellt Herr Seidler klar, aus Sicht der CDU-Fraktion nicht einen erneuten Beschluss zum Thema aufgrund eines anonymen Schreibens fassen zu wollen. Zudem seien Eingaben zu bereits gefassten Beschlüssen der Fachausschüsse ausschließlich dem Rat der Stadt Wülfrath vorbehalten. Für die Fraktion der SPD gibt Frau Nadolski bekannt, den TOP ebenfalls nicht beraten zu wollen.

Herr Peetz (WG) stellt dem entgegen, lediglich die Übergabe der Unterschriftenliste sei anonym erfolgt. Unterschrieben sei der Antrag von 105 Wülfrather Bürgerinnen und Bürgern in nicht anonymer Form. Eine Streichung des Themas von der Tagesordnung hieße, diese nicht geringe Zahl von Mitbürgern mit ihren offenbar vorhandenen Ängsten und Sorgen zu ignorieren. Überdies könne der Ausschuss durch eine nochmalige Bestätigung des ursprünglichen Beschlusses auch ein deutliches Zeichen setzen.

Ähnlich äußern sich für die Verwaltung Herr van Hueth als zuständiger Fachbereichsleiter sowie Frau Dr. Panke als Bürgermeisterin der Stadt Wülfrath. Diese weist zudem darauf hin, dass es sich nicht um einen Antrag nach § 25 Gemeindeordnung (GO) handele, sondern lediglich um eine durch die Verwaltung aufgenommene Anregung.

Nach kurzer Diskussion regt Herr Seidler an, den Tagesordnungspunkt zu belassen, die Teilnahme an der Abstimmung jedoch freizustellen.

Herr van Hueth berichtet über ein Gespräch mit den beiden Überbringerinnen der Unterschriften. Demnach hätten diese laut eigener Aussage aus Sorge um eine öffentliche Diffamierung anonym gehandelt und waren dementsprechend auch nicht bereit, im Rahmen der Ausschusssitzung zur Unterschriftenliste Stellung zu nehmen.

An der abschließenden Abstimmung über den Beschlussvorschlag nehmen mehrere Mitglieder des Ausschusses nicht teil, es ergibt sich letztlich folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Gesellschaft und Soziales empfiehlt, den bereits getroffenen Beschluss des Rates der Stadt Wülfrath vom 25.11.2014 über die Standortfrage unverändert bestehen zu lassen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X
Zustimmung	2
Ablehnung	0
Enthaltung	2



TOP 10 Konzept zur Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Asylbewerbern und Flüchtlingen
Vorlage: 50-012-2015

Auf die vorliegenden Anträge der Fraktionen „Die Linke“ sowie „Bündnis 90 / Die Grünen“ wird verwiesen.

Die Fraktion der CDU macht zum Thema noch weiteren internen Diskussionsbedarf geltend, beide antragstellenden Fraktionen erklären sich mit einer Verschiebung des Themas auf die nächste Ausschusssitzung einverstanden.

Auf Vorschlag des Herrn Peetz (WG) ergeht folgender geänderter Beschluss:

Beschluss

Die Verwaltung erstellt zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft und Soziales mit Hilfe des Ehrenamtes ein Konzept zur Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Asylbewerbern und Flüchtlingen unter Einbeziehung von Akteuren aus Politik, Kirche und Bürgerschaft.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X
Zustimmung	11
Ablehnung	0
Enthaltung	0

TOP 11 Wohnungsaufsichtsgesetz
Vorlage: 50-005-2015

Für die Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ erklärt Frau Andrea Windrath-Neumann, die Anfrage vom 28.01.2015 sei durch die Verwaltung ausreichend beantwortet.
Der Ausschuss nimmt dies abschließend zur Kenntnis.

TOP 12 Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII
Vorlage: 50-008-2015

Ergänzend zum Inhalt der Mitteilungsvorlage stellt Herr Stefan Ligges, Mitarbeiter des Sozialamtes der Stadt Wülfrath, das Leistungsspektrum sowie die Leistungsvoraussetzungen des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII) dem Ausschuss vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Präsentation zum Vortrag ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

Herr Flohr gibt bekannt, dass Herr Paul-Gerhard Harz, Mitglied des Seniorenrates der Stadt Wülfrath, verstorben ist.

Herr Seidler verabschiedet zum Ende der Sitzung den noch amtierenden Schriftführer des Ausschusses, Herrn Stefan Ligges, der zum 01.08.2015 nach knapp 11 Jahren die Stadtverwaltung



Wülfrath verlassen werde. Er bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder für die geleistete Arbeit.



anwesend

Seniorenrat-beratend

Frau Gertrud Brüggemann

SB-stimmberechtigt

Frau Doris Grünendahl
Herr Stefan Merrath
Herr Klaus-Peter Rex
Herr Peter Schiestel
Herr Olaf Thömmes
Frau Andrea Windrath-Neumann

Ratsmitglied

Herr Walter Brühland
Herr Uwe Buschmann
Frau Ilona Küchler
Frau Angela Nadolski
Herr Wolfgang Peetz
Herr Andreas Seidler

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Peter Eichbüchler
Herr Mike Flohr
Herr Rainer Ritsche
Herr Hans-Werner van Hueth

Schriftführer/in

Herr Stefan Ligges

Bürgermeister/in

Frau Bürgermeisterin Dr. Claudia Panke

Wülfrath, den 28. Mai 2015

()
Ausschussvorsitzende/er

(Stefan Ligges)
Schriftführer/in



Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.